

Herrn
Oberbürgermeister
Reinhard Buchhorn
Haus-Vorster-Str. 8

51379 Leverkusen

Dhünnstraße 2b
51373 Leverkusen
Telefon 0214 - 475 73
Telefax 0214 - 310 50 46
fraktion@spd-leverkusen.de
www.spd-leverkusen.de

12. März 2010

Änderungs- und Ergänzungsantrag zum Antrag der Fraktion Bürgerliste vom 25.02.2010 (Vorlage-Nr. 0378/2010)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie folgenden ergänzenden Antrag auf die Tagesordnung der entsprechenden Gremien:

1. Der Rat der Stadt Leverkusen beschließt auf der Grundlage der Diskussion um die Zukunft der Kommunalfinzen folgende Resolution:

- **Der Rat der Stadt Leverkusen unterstützt die Forderungen des Aktionsbündnisses „Raus aus den Schulden“ (Anlage zum Antrag der Bürgerliste vom 25.02.2010). Die Stadt Leverkusen orientiert sich daher auch an den drei maßgeblichen Leitsätzen:**
- **Wir fordern die Einrichtung eines Entschuldungsfonds zum Abbau der Alt- und Kassenkreditschulden. Damit verbessert sich das bilanzielle Rechnungsergebnis und der beschleunigte Verzehr des Eigenkapitals wird endlich gestoppt.**
- **Wir fordern die aufgabengerechte und auskömmliche Finanzausstattung unserer Stadt, um die Aufnahme neuer Kassenkredite zu verhindern. Die Verbesserung des Finanzergebnisses kann nur über die Befreiung von Sonderabgaben, zweckmäßige Zuweisungen für staatliche Leistungen und die konsequente Einhaltung des Konnexitätsprinzips gelingen.**
- **Wir werden auch künftig eigene Konsolidierungsbeiträge leisten. Ein „Kaputtsparen“ unserer Stadt werden wir allerdings nicht zulassen. Die Lebensqualität in unserer Stadt muss für alle Bevölkerungsgruppen erhalten werden.**
- **Darüber hinaus erwarten wir, dass die übergeordneten staatlichen Instanzen endlich den Erfolg jahrzehntelanger kommunaler Konsolidierungsanstrengungen in unserer Stadt würdigen. Die freiwilligen Leistungen wurden auf weniger als 10 Prozent der öffentlichen Ausgaben zurückgefahren. Die langfristige Verschuldung wurde seit 2000 um 12 Prozent gesenkt. Dies gelang Leverkusener als einziger Stadt innerhalb des Aktionsbündnisses. Der „Benchmark“ für**

Personalkostenreduzierung ist Leverkusen: Seit 1991 wurden in der Kernverwaltung 600 Planstellen abgebaut.

2. Diese Resolution wird dem Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Herrn Dr. Jürgen Rüttgers, im Rahmen seines Besuchs am 01.04.2010 überreicht. Die Interessen der Stadt Leverkusen sollen dadurch im Wege der Mitarbeit des Finanzministers, Dr. Helmut Linssen, in der Bund-Länder-Kommission zur Neuordnung der Gemeindefinanzen angemessen berücksichtigt werden.
3. Der Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen wird gebeten, sich weiterhin im Rahmen des Aktionsbündnisses „Raus aus den Schulden“ für eine nachhaltige Stärkung der Einnahmeseite sowie eine Entlastung der Ausgabeseite des kommunalen Haushaltes der Stadt Leverkusen einzusetzen.
4. Der Rat der Stadt Leverkusen hält an der vorgesehenen gesetzlichen Verpflichtung zum Ausbau der U3-Betreuung fest. Damit wird ein Zeichen gesetzt für die so dringend gebotene Förderung junger Menschen. Trotz der desolaten Finanzstruktur ist die Stadt Leverkusen willens, sich der gesetzlichen Verpflichtung nicht zu verweigern.

Begründung:

Als Grundlage des Ergänzungsantrags ist auf den Antrag der Bürgerliste vom 25.02.2010 zu verweisen, welcher zum „Essener Signal“ des Aktionsbündnisses „Raus aus den Schulden“ Bezug nimmt. Nicht gefolgt wird dem Vorschlag der Fraktion Bürgerliste, die Umsetzung des Ausbaus der U3-Betreuung „aufs Eis“ zu legen.

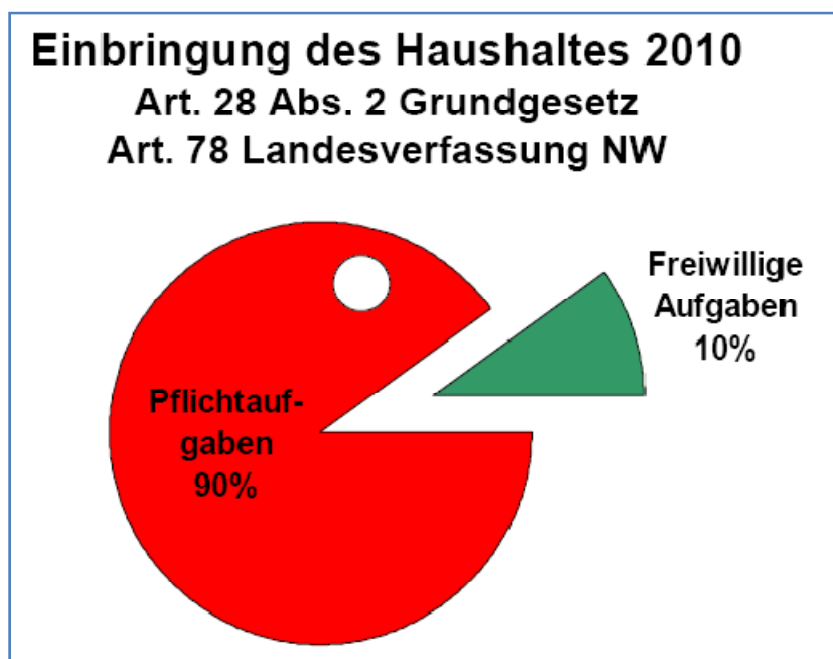


Abbildung 1: Selbst- und Fremdverwaltung (Quelle: Haushaltsrede des Stadtkämmerers, 26.10.2009)

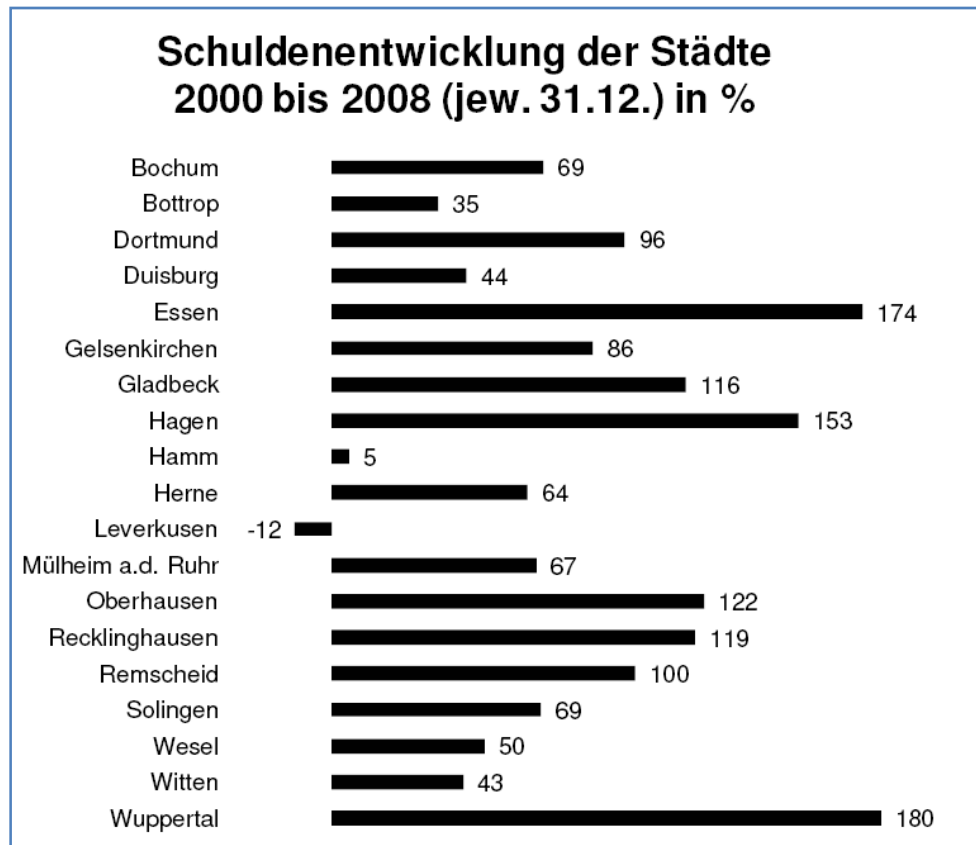


Abbildung 2: Schuldenabbau (Quelle: Präsentation "Wege aus der Schuldenfalle", Essen, 19.02.2010)

Die enorme Bedeutung der kommunalen Finanznot zeigt sich daran, dass sich die Bündnisstädte dahingehend positionieren, dass man sich den Banken nicht wie auf dem Präsentierteller servieren möchte. Dementsprechend ist eine kommunale Überschuldung nicht alleine das Problem von Leverkusen. Endlich setzt sich die Erkenntnis durch, dass höhere Sozialausgaben und weniger Sachinvestitionen in unserer Stadt nicht hausgemacht sind.

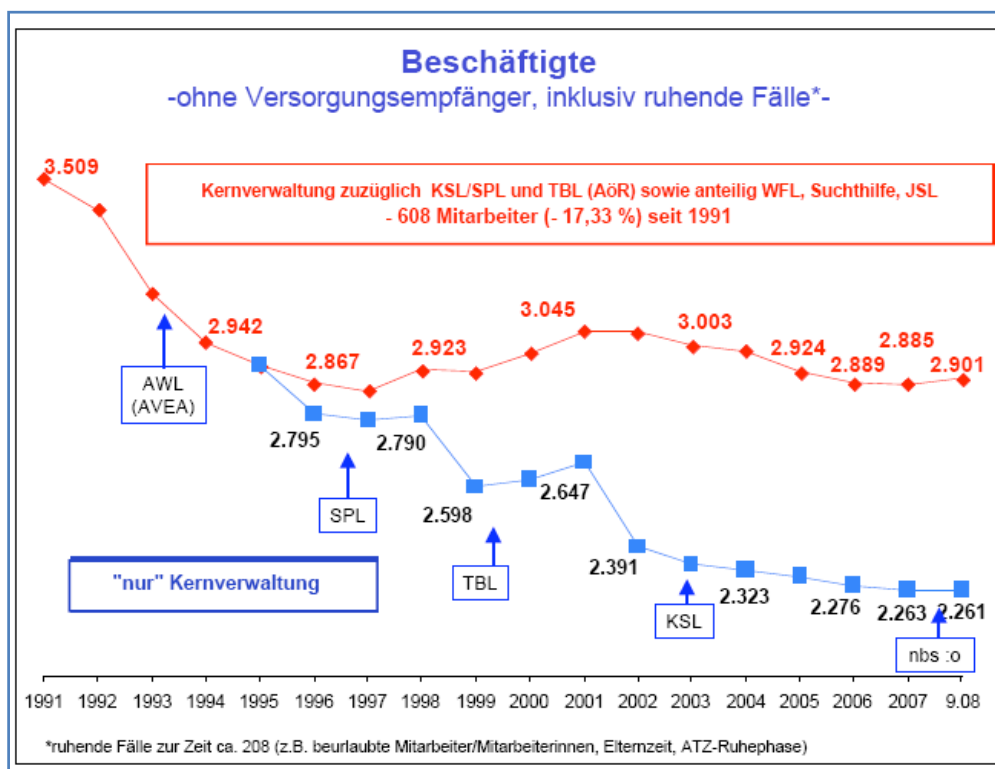


Abbildung 3: Personalkostenabbau (Quelle: Leverkusener Finanzen 2008)

Kommunale Aufgabenerfüllung ist ohne Unterstützung der Landes- und Bundesregierung nicht möglich. Die bisher festzustellende vehemente Weigerung, Kommunen strukturell zu entlasten, und die Verweisung zusätzlicher und neuer Aufgaben auf die Kommunen löst keine Probleme. Nur ein strukturelles und kooperatives Handeln auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene kann zur einer erfolgreichen Umsetzung der verfassungsrechtlich gesetzten Schuldenbremse bis 2020 führen.

Dem Beispiel anderer Länder folgend muss auch der kommunale Entschuldungsfonds endlich in NRW Einzug halten. Alles andere ist unverantwortlich. Bisher fehlt es an wirksamen Lösungsvorschlägen des Landes, die zum Entschulden der Kommunen beitragen. Und auch nur präzise Aussagen statt „Luftnummern“ zur verhältnismäßigen Ausbalancierung der Kommunalzuweisungen im Zuge der erwarteten Eigenanstrengungen machen den Weg für die Wirkung den Entschuldungsfond frei.

Die Stadt Leverkusen erwartet vom Ministerpräsidenten ein tatkräftiges Engagement. Im Sinne seiner Position soll er sich stark machen für die Überwindung der kommunalen Finanznot. Jemand der sein Bundesland kennt, der sollte wissen, wo in diesem der Schuh am meisten drückt. Immer mehr Kommunen geraten in die Schuldenfalle. Es wird allerhöchste Zeit dem Thema Kommunalfinanzen die notwendige Beachtung zu schenken. Nachdem Prinzip, wer nur schiebt, der fällt irgendwann, werden auch langsam aber sich die Kommunen fallen, wenn nicht gehandelt wird. Jeder muss seiner Verantwortung gerecht werden, denn Zeit ist Geld und Zeit und Geld haben wir nicht.

„Raus aus den Schulden“ zu kommen, ist also nur durch eine Zusammenarbeit von Stadt, Landes- und Bundesregierung möglich. Dass Eigenanstrengung kommunaler Haushaltskonsolidierung belohnt werden müssen ist zu unterstützen. Schließlich hat Leverkusen es geschafft, Schulden abzubauen. Die Dringlichkeit für ein klares Bekenntnis zu starken Kommunen äußert sich am Zustand der kommunalen Daseinsvorsorge und bei der Verbreitung sozialer Leistungen. Haushaltskonsolidierung ist kein Selbstzweck. Eine nachhaltige Finanzpolitik hat nur dann Sinn, wenn sie im Zusammenhang mit anderen politischen Bereichen gedacht wird.

Begründung der Dringlichkeit: Der Besuch des Ministerpräsidenten am 01.4.2010 bietet einen geeigneten Anlass, um dem Land die konkreten Forderungen der Stadt Leverkusen zu übermitteln. Daher wird ein konsequentes Angehen des Oberbürgermeisters im Hinblick auf diesen Termin erwartet. Ein bloßes repräsentatives Ereignis kann sich unsere Stadt angesichts der Ernsthaftigkeit ihrer finanziellen Lage nicht leisten. Der Termin bietet die ausgezeichnete Gelegenheit, klar zu machen, dass in Leverkusen absoluter Handlungsbedarf besteht.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Heinz-Gerd Bast
Ratsmitglied

gez.
Dr. Walter Mende
Ratsmitglied

gez.
Christian Dohmen
Fraktionsgeschäftsführer